

## 14

Stuttgart, 26. April 1956

*Sprecher: Adenauer, Albers, Arnold, Bach, von Brentano, Cillien, Dichtel, Eplée, Fay, Fricke, Gerstenmaier, Gradl, Gurk, von Hassel, Heck, Frau Heiler, Hellwig, Johnen, Kaiser, Kiesinger, Lemmer, Majonica, Müller, Noltenius, Frau Pitz, Samsche, Scharnberg, Simpfendörfer, Süsterhenn, Wackerzapp, Wirsching, [Wuermeling], Zimmer.*

*Vorbereitung des Parteitags: Wahl des Präsidiums, der Mandatsprüfungskommission, des Redaktionskomitees. Zulassung der Presse. Differenzen um die Finanzpolitik. Vorbereitung der Wahl des 1. Vorsitzenden, seiner Stellvertreter, des Bundesschatzmeisters und der übrigen Mitglieder des Vorstandes sowie Änderung des Parteistatuts. Mitgliederbeitrag. Verschiedenes.*

*Beginn: 15.00 Uhr*

*Ende: 18.00 Uhr*

*Adenauer:* Meine Damen und Herren! Ich eröffne die Vorstandssitzung und heiße Sie herzlich willkommen. Ich darf mir eine einleitende Bemerkung erlauben. Wir sitzen hier so ähnlich wie in der Schule. (*Heiterkeit.*) In der Schule war es so, daß die vorderen Bänke sehr unbeliebt waren. Da wir aber nicht zu pfuschen brauchen, möchte ich Ihnen vorschlagen, etwas mehr nach vorne zu rücken.

Nun sind wir uns etwas näher gekommen. Ich darf dann fortfahren. Wir haben als ersten Punkt der Tagesordnung „Verlauf des Parteitages“ stehen.

### VERLAUF DES PARTEITAGES

*Adenauer:* Wie mir Herr Heck sagte, ist darüber weiter nichts mitzuteilen; alles ist nach den Drucksachen schön geordnet. Hoffentlich sind die Drucksachen auch wenigstens zum Teil von Ihnen gelesen worden. Wenn Sie aber noch irgendwelche Auskünfte haben wollen, dann bitte! – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Wir kommen zum Punkt 2 der Tagesordnung.

### VORBEREITUNG DER WAHLEN

*Adenauer:* Mit dieser Frage hat sich der geschäftsführende Vorstand beschäftigt. Ich darf Ihnen seine Vorschläge mitteilen: Präsident: Kultusminister Simpfendörfer; Stellvertreter: Ministerpräsident Arnold, Oberkirchenrat Cillien, Staatsrat Dichtel,

Bundestagsabgeordneter Lemmer, Dr. Stoltenberg<sup>1</sup>, Professor Dr. Süsterhenn, Frau Dr. Weber und Frau Rösch.

Darf ich fragen, ob Sie damit einverstanden sind? (*Arnold*: Ich möchte zugunsten der Herren von Baden-Württemberg verzichten.) Von Baden-Württemberg sind vorgeschlagen: Simpfendörfer, Dichtel und Rösch. Das sind schon drei, und zwar gute Vertreter. Herr Arnold, warum wollen Sie verzichten? (*Arnold*: Ist denn Herr Dr. Gebhard Müller auch dabei?) Herr Arnold, es sind doch einige Dinge passiert in den letzten Tagen.<sup>2</sup> (*Arnold*: Das korrigiert man nicht mit dem Präsidium!) Es würde doch in der Öffentlichkeit gut aufgenommen werden, wenn Sie nicht ablehnten, sondern die Vertretung übernehmen. Ich nehme an, daß Herr Simpfendörfer nicht ständig den Vorsitz führen wird. Sie stehen also nicht nur nominell hier, sondern würden auch in Erscheinung treten. (*Arnold*: Das ist eine reine Formalsache; ich lege wirklich keinen Wert darauf, und es ist für Baden-Württemberg richtig, wenn es von Einheimischen stärker vertreten wird. – *Simpfendörfer*: Das Land Baden-Württemberg und meine Freunde würden es sehr begrüßen, wenn Sie den Vorsitz übernehmen. – *Heck*: Herr Arnold ist auch Schwabe!) Im übrigen, Herr Arnold, macht mich Herr Heck gerade darauf aufmerksam, daß Sie Schwabe sind, (*Heiterkeit*) so daß Sie also in dieses Milieu gut hineinpassen. Sollen wir es nicht dabei lassen? (*Arnold*: Ich würde bitten, es nicht zu tun, Herr Bundeskanzler!) Herr Arnold bittet, von seiner Wahl abzusehen. Darf ich dann feststellen, daß Sie mit den anderen Vorschlägen einverstanden sind? (*Wirsching*: Ich würde es begrüßen, wenn der Ministerpräsident unseres Landes mit im Präsidium wäre.) Es wird Herr Gebhard Müller vorgeschlagen. Ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind. (*Heck*: Ein Ministerpräsident und ein Minister!) Lieber Herr Heck! Das müssen die Herren Müller und Simpfendörfer unter sich ausmachen. Dann würde der Vorschlag so lauten, daß anstelle von Herrn Arnold Herr Müller kommt. Sind Sie damit einverstanden? (*Zimmer*: Herr Simpfendörfer ist Landesvorsitzender!) Das können wir den beiden Herren überlassen. Wir verfahren also so, wie nunmehr vorgeschlagen.

Der Vorschlag des geschäftsführenden Vorstandes für die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission lautet: Dr. Fay, Blank, Dullenkopf und Müllenbach.

Ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind. – Ich darf das feststellen.

---

1 Dr. Gerhard Stoltenberg (geb. 1928), 1954–1957 und 1971–1982 MdL Schleswig-Holstein (CDU), 1955–1961 Vorsitzender der JU, 1956 stv. und ab 1971 CDU-Landesvorsitzender Schleswig-Holstein, 1965–1969 Bundesminister für wissenschaftliche Forschung, 1982–1989 für Finanzen, ab 1989 für Verteidigung, 1971–1982 Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, 1957–1971 und seit 1983 MdB.

2 Sinn unklar. Der Vorwurf der FDP des angeblich versuchten Stimmenkaufs während der Regierungskrise in Nordrhein-Westfalen hatte sich als unhaltbar erwiesen (dazu HÜWEL S. 293–296; UiD vom 12. und 24. April 1956). Möglich auch Hinweis auf die Spannungen um die anstehende Frage der Erhöhung der stellvertretenden Parteivorsitzenden von zwei auf vier (HÜWEL S. 300–305).

Dann kommt die Wahl des Redaktionskomitees. Das Redaktionskomitee hat eine für die Öffentlichkeit sehr wichtige Arbeit zu leisten. Es werden vorgeschlagen die Herren Kiesinger, Dr. Gerstenmaier, Dr. Gradl und Dr. Heck. Keine Wortmeldungen? (*Albers*: Darf ich vorschlagen, den Kollegen Arndgen zu diesem Kreis hinzuzuziehen?) Sie haben den Vorschlag gehört. (*Eplée*: Ich schlage vor, für die Vertriebenen Herrn Dr. Schreiber in diesen Ausschuß zu berufen.) Es ist sehr erfreulich, daß so viele arbeitswillige Herren da sind, nur fürchte ich, daß dann nachher nichts Richtiges zustande kommt. Können wir es nicht so machen, daß die vier gewählt werden, daß sie aber gebeten werden, zu den Arbeiten die Herren hinzuzuziehen, die eben genannt worden sind. (*Eplée*: Einverstanden!) Auch die übrigen? – Dann darf ich das feststellen.

Nun kommt eine sehr wichtige Sache: die Vorsitzenden der Arbeitskreise! Im Programm stehen schon die Namen gedruckt. Das ist eine etwas schnelle Arbeit, Herr Heck; die Sache ist deswegen besonders wichtig, weil der dringende Wunsch besteht, der Presse Zutritt zu den Beratungen der Arbeitskreise zu gestatten. Ich gestehe offen, daß ich nicht ohne Bedenken bin. Aber Herr Krone und Herr Heck haben mir eben noch einmal nahegelegt, daß wir uns doch damit einverstanden erklären sollten. Sie haben auch triftige Gründe dafür angeführt. Vielleicht kann Herr Heck das gleich noch einmal begründen. Es ist aber wichtig, daß die Vorsitzenden der Arbeitskreise dafür sorgen, daß in diesen Arbeitskreisen nicht irgendwelche Ansichten von dem einen oder anderen zutage gefördert werden, die die Presse mit Vergnügen aufgreift, die wir aber nachher mit weniger Vergnügen lesen würden. (*Zimmer*: Es muß den Arbeitskreisen vorher bekanntgegeben werden, daß die Presse da ist!)

*Albers*: Ich habe gehört, daß auch die „Prawda“ vertreten ist, auch Vertreter anderer kommunistischer Zeitungen. In den Arbeitskreisen werden verschiedene Auffassungen zum Ausdruck kommen. Sollen wir jetzt den anderen das Material liefern über Meinungsverschiedenheiten, die in der Fraktion bestehen? Ich bin der Meinung, die Presse soll draußen bleiben. Man könnte der Presse eine allgemeine Übersicht geben.

*Heiler*: Wenn die Presse anwesend ist, wird es nicht möglich sein, seine Meinung frei zu äußern und auch Wünsche vorzutragen, die noch nicht erledigt sind. In den Arbeitskreisen muß man auch Anregungen und Vorschläge entgegennehmen, die nicht mit einer Annahme rechnen können. Darum bitte ich, die Presse nicht zuzulassen.

*Adenauer*: Ein Arbeitskreis hat nur dann wirklich Berechtigung, sich so zu nennen, wenn auch entgegengesetzte Meinungen dort ausgesprochen werden können. Wenn das der Fall ist, dann wird natürlich der eine Journalist das bringen und der andere jenes. Und so werden Gegensätze konstruiert. Das war der Grund, warum ich von Anfang an schon Bedenken geäußert habe. Herr Heck und Herr Krone haben mir eben nahegelegt, die Presse doch zuzulassen. (*Von Hassel*: War beim letzten Parteitag die Presse zugelassen?) Da gab es keine Arbeitskreise.

*Heck*: Wir sind der Auffassung, daß bei diesen Kreisen mit 80 bis 100 Teilnehmern alles das, was in diesen Arbeitskreisen an Besonderheiten und Interessantem

gesprochen wird, ohnedies der Presse erzählt wird, aber dann meistens mit einer kleinen Akzentverschiebung. Die Presse hat bei uns grundsätzlich auszusetzen, daß wir peinlichst darauf bedacht seien, nach außen so in Erscheinung zu treten, als ob es bei uns immer nur eine Meinung gäbe. Wir würden von vornherein bei der Presse keine gute Stimmung für die Berichterstattung schaffen, wenn wir sie ausschließen.

*Adenauer:* Darauf kann man folgendes antworten: Die Arbeitskreise haben Berichterstatter, und diese werden im Plenum berichten. Dann müssen die Berichterstatter selbstverständlich auch die verschiedenen Meinungen wiedergeben, so daß man also daraus ohne weiteres ersehen kann, daß nicht alle sofort wie durch eine Inspiration der gleichen Meinung gewesen sind.

Ich habe nach wie vor die größten Bedenken, daß man so verfährt, wie Sie es wünschen. Die Presse, die uns wenig wohlgesinnt, aber gleichgültig gegenübersteht, schreibt jetzt schon fortwährend von den Spannungen und Gegensätzen, die unter uns seien, und es sei alles nur überkleistert. Ich wiederhole nochmals, ein Arbeitskreis von 60 bis 80 Personen ist übrigens viel zu groß, das muß ich offen gestehen. Es ist vom geschäftsführenden Vorstand beschlossen worden, daß derjenige, der in einen Arbeitskreis gehen will, dort hingehen kann. Es wird eines großen Geschickes des Vorsitzenden bedürfen, damit aus diesen Arbeitskreisen etwas Vernünftiges herauskommt. Daß aber das, was dort gesagt wird, von vornherein verständlich ist, glaube ich nicht. Dann werden die Journalisten natürlich das notieren, was uns in der Öffentlichkeit Schaden zufügt. Deswegen möchte ich mich mit Entschiedenheit dagegen aussprechen.

*Samsche:* Herr Bundeskanzler! Ich glaube, das Risiko, das Sie uns geschildert haben, ist kleiner als das, was wir eingehen, wenn wir die Leute ausschließen. Wir haben keine gute Presse bei der Vorbereitung gehabt, und wenn wir sie nun nicht zulassen, werden wir eine noch schlechtere Presse bekommen. Was riskieren wir, wenn ihr Meinungsverschiedenheiten vordemonstriert werden? Ich würde bitten, die Presse zuzulassen, vor allem deshalb, weil für die Aussprache in den Plenarsitzungen nur wenig Gelegenheit gegeben ist.

*Noltenius:* Wenn auch gelegentlich Unsinn geredet wird, so ist das nicht schlimm. Viel wichtiger ist, der Presse das Gefühl zu geben, an unserer ganzen Tagung teilzunehmen. Ich weiß es aus Erfahrung, daß die Presse nichts lieber macht, wenn wir sie heranholen, daß sie es aber übelnimmt, wenn wir sie fernhalten. Die Leute finden doch Mittel und Wege, um hintenherum das zu bekommen, was wir nicht gerne nachher in den Zeitungen lesen möchten. Es ist wirklich nützlich, wenn wir die Tore weit aufmachen und die Zeitungsleute zulassen.

*Von Brentano:* Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich möchte auch den Standpunkt vertreten, die Presse zuzulassen. Ich sehe die Gefahr nicht so groß. Es handelt sich nicht um Arbeitskreise, die eine lange Arbeit vor sich haben und Diskussionen bis zum Abschluß durchführen, sondern hier ist doch mehr daran gedacht, die Diskussion, die an sich im Plenum stattfinden sollte, aufzuteilen.

Wir würden die Presse unbedenklich zulassen, wenn wir die Diskussion über diese Punkte im Plenum führten. Dazu haben wir aber die Zeit nicht. Deswegen wird die Diskussion in den Arbeitskreisen durchgeführt, nämlich das, was sonst im Plenum geschehen wäre.

Haben wir denn wirklich Angst davor, daß man merkt, daß bei uns verschiedene Meinungen vertreten werden? Es kommt darauf an, wie sie vorgetragen werden. Ich glaube nicht, daß hier ein Unterschied ist zwischen einer Plenarsitzung des Bundesparteitages und diesen Arbeitskreisen. Ich fürchte vielmehr, daß die Presse vielleicht schon weiß, daß man sich mit diesem Thema beschäftigt.

Wenn nun der Vorstand beschließt, die Presse wird ausgeschlossen, und wenn herumgesprochen wird, daß vielleicht Herr Krone oder andere nicht dafür gewesen sind, dann verscherzen wir uns den Faveur dieser Presse. Deswegen: Haben wir Mut! Es werden nicht solch umwälzende Dinge in den Arbeitskreisen festgestellt werden, daß sie vor der Presse geheimgehalten werden müßten.

*Adenauer:* Das trifft nur für einen Teil der Arbeitskreise zu. Nehmen Sie den Arbeitskreis für Wirtschafts- und Finanzpolitik! Da wird wahrscheinlich diese Kuchenausschuß-Geschichte<sup>3</sup> zur Sprache kommen, und es werden unter Umständen starke Meinungsverschiedenheiten zutage treten.

Nehmen Sie den Arbeitskreis Außenpolitik! (*Von Brentano:* Da habe ich die wenigsten Bedenken!) Sie meinen, da passiert nichts? (*Von Brentano:* Außer Herrn Diel, und der spricht sowieso!) Sie nehmen das alles etwas leicht; es ist der Name Diel genannt worden. (*Fay:* Ist hinreichend bekannt! – *Zimmer:* Er hat etwas gelernt!) Ich bekomme alle 14 Tage einen langen Brief von ihm. (*Von Brentano:* Ich alle acht Tage! – *Zimmer:* Dann sind Sie vielleicht insofern etwas mit schuld, Herr Bundeskanzler, weil Sie ihm einmal geantwortet haben. Er hat Ihre Antwort überall vorgezeigt und gesagt: Seht, der Herr Bundeskanzler hört auf das, was ich ihm schreibe! – *Große Heiterkeit.*) Ich höre auf ihn? (*Erneute Heiterkeit.* – *Zimmer:* Wir haben ihm seine außenpolitischen Eskapaden von Moskau bis Wladiwostok oder New York ausgetrieben. – *Von Brentano:* Er hat auch damals im Plenum gesprochen; das hat uns nichts geschadet.)<sup>4</sup> Im Plenum nehmen sich die Herren mehr in acht. Aber Sie müssen es entscheiden.

*Gerstenmaier:* Herr Bundeskanzler, ich habe den Eindruck, als ob der Presse ganz gut bekannt wäre, die CDU läßt diesmal bei ihrem Kartenspiel zusehen. Sagen wir jetzt nein, das oberste Gremium hat anders überlegt, dann sieht es so aus wie ein Krisen- und Sturmzeichen. Aber in dieser Krise sind wir gar nicht. Ich würde deshalb meinen, man sollte es passieren lassen.

---

<sup>3</sup> Fraktionsinterner Arbeitskreis der CDU/CSU-„Programmkommission“ oder „18er-Ausschuß“, der die Mittel des Julisturms verteilte (vgl. UID vom 6. März 1956; SCHWARZ I S. 325f.).

<sup>4</sup> Köln, 29. Mai 1954. – Druck: CDU, 5. Bundesparteitag S. 62–64. Diel hatte sich gegen die Saarpolitik Adenauers ausgesprochen.

*Adenauer:* Wenn das der Presse schon in Aussicht gestellt ist, dann sind wir gebunden; das ist vollkommen klar. Aber das bestreitet Herr Heck.

*Scharnberg:* Ich möchte mich gegen die Zulassung der Presse aussprechen. In der Vorstandssitzung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses ist der Wunsch geäußert worden, daß man sehr kritisch zu der Einstellung der Herren Schäffer und Erhard in all den Dingen, die augenblicklich anstehen, sprechen möchte. Damit bekommt die ganze Diskussion ein anderes Gesicht. Wir müssen bedenken, daß wir eine Presse haben, die uns nicht gerade freundlich gesonnen ist. Sie wird also das herausstellen, was ihr erwünscht ist. (*Lebhafte Unruhe im Saal.*)

*Adenauer:* Meine Herren! Der Saal hat keine gute Akustik. Ich möchte Sie daher dringend bitten, Ihre Gespräche einzustellen oder ganz leise zu führen.

*Scharnberg:* Jeder Arbeitskreisvorsitzende könnte mit einigen Herren nachher eine Pressekonferenz abhalten. Damit dürfte der Presse besser gedient sein; dann bekommen sie nämlich tatsächlich das Resümee der Ausschußverhandlungen, nicht aber das, was sie haben möchten.

*Adenauer:* Ich darf Ihnen sagen, warum ich so große Bedenken habe, die Presse zuzulassen. Ich habe am Dienstag und gestern bis in die späten Abendstunden eine lange Aussprache mit Herrn Schäffer gehabt. Sie wissen, daß Herr Schäffer im Innersten dadurch getroffen ist, daß die Fraktion der CDU/CSU zusammen mit den anderen Fraktionen, die jetzt die Koalition bilden, den bekannten Antrag im Bundestag gestellt hat<sup>5</sup>, ohne daß Herr Schäffer bei den entscheidenden Stadien der Vorbereitungen hinzugezogen worden ist. (*Scharnberg:* Stimmt ja nicht!) Haben Sie Geduld, Herr Scharnberg! Ich wiederhole, was Herr Schäffer gesagt hat. Und zum Teil hat er recht, daran läßt sich nichts deuteln! Er hat mir gestern abend erklärt – ich bitte Sie aber, das sehr vertraulich zu halten –, daß er mit dem Gedanken umgeht, der CSU zu erklären, daß er sein Amt quittieren will. Er hat mir weiter erklärt, daß die Ministerpräsidenten der Länder am Mittwoch kommender Woche in Bonn zusammenkommen wollen, daß sie einige Professoren bestellt haben, um ihnen einen Vortrag zu halten, und daß die Ministerpräsidenten der Ländern urbi et orbi verkünden würden, durch die Annahme dieses Antrages sei unsere Währung gefährdet. (*Scharnberg:* Ist ja unerhört!) Es ist auch unerhört! Es ist sehr traurig und sehr schlimm, aber es ist tatsächlich so! Man muß die Dinge nehmen, wie sie sind. Es wird daher in diesem Wirtschaftsausschuß nicht so dahinplätschern, sondern dort werden höchstwahrscheinlich sehr ernste Stimmen laut; deshalb habe ich eine gewisse Sorge, wenn das die Presse hört. Wenn von ernsthaften und respektablen Männern

---

<sup>5</sup> Unklar, welcher Antrag gemeint ist – BT-Drs. 2283 Änderung des Einkommensteuergesetzes, BT-Drs. 2282 Änderung des Umsatzsteuergesetzes, BT-Drs. 2281 Entwurf eines Gesetzes über die Besteuerung der Kredit-Garantiegemeinschaften des Handwerks und des Handels auf den Gebieten der Körperschaftsteuer, der Vermögensteuer, der Gewerbesteuer, der Kapitalverkehrsteuer, der Erbschaftsteuer und der Grundsteuer –, alle vom 11. April und am 18. April 1956 erstmals im Bundestag beraten (vgl. Sten.Ber. 2. WP Bd. 29 S. 7235–7263).

die Befürchtung geäußert wird, unsere Währung ist dadurch gefährdet, dann ist das schon ein eminenter Schaden.

Ich kann Ihnen nur sagen, Herr Scharnberg, daß ich vorgestern von Herrn Vocke einen längeren Brief bekommen habe, in dem er das mit aller Entschiedenheit behauptet! Er sagt, zum Schutze der Währung müsse das und das geschehen. Wie ich zufällig gehört habe, haben eine Reihe von Leuten schon eine Abschrift dieses Briefes, nicht von mir; sie können sie nur von Herrn Vocke bekommen haben. Ich hoffe aber doch, daß es möglich sein wird, morgen – ich habe eben mit Herrn Krone darüber gesprochen – die Sache noch einigermaßen abzufangen mit Herrn Schäffer, aber ich bin mir dessen nicht sicher. Und das ist Explosivstoff, meine Damen und Herren, der eventuell in die Öffentlichkeit geworfen wird. Ich wiederhole: Schon wenn die Presse berichtet, daß ernstzunehmende Leute auch in unserem Ausschuß eine solche Meinung vertreten, ist das eine sehr bittere Pille. Und nun müssen Sie entscheiden, was Sie wollen.

*Hellwig:* Herr Bundeskanzler! Wir haben in der erweiterten Vorstandssitzung des Ausschusses für Wirtschaftspolitik das Programm für die Arbeitskreisbesprechungen ausführlich durchgesprochen. Ich habe nicht den Eindruck, daß die Bedenken, die gegen die Zulassung der Presse sprechen, in der Richtung liegen, wie sie von Ihnen gesehen werden, daß nämlich hier die Warnungen des Bundesfinanzministers oder anderer Herren wegen einer Inflationsgefahr einen breiten und bedenkenenerregenden Raum einnehmen, sondern umgekehrt, daß ein ganz massives Maß von Kritik an einer nicht mehr zu verantwortenden Meinungsbildung, die vom Bundesfinanzminister ausgegangen ist, geübt werden wird. Es ist eine Meinungsbildung, die bewußt psychologisch eine Inflationsgefahr herbeiführt. Hier in dieser Psychose müssen finanzpolitische Korrekturen angemeldet werden, und das könnte, nach dem, was ich bisher beobachtet habe, wahrscheinlich einen sehr breiten Raum in der Sitzung des Arbeitskreises einnehmen.

Wir waren dafür, daß eine bestimmte, sachlich notwendige und kritische Diskussion stattfinden sollte, natürlich frei von persönlichen Angriffen; wir waren aber der Meinung, daß es dann nicht so gefährlich sei, wenn man die Presse zuließe, weil wir es ja auch nicht in der Hand haben, sie auszuschließen, wenn 80 bis 100 Teilnehmer kommen und die Presse mit Delegiertenausweisen zum Teil erscheint. Ich glaube aber, daß es gelingen wird, das Maß von Kritik in dem erwünschten, aber auch notwendigen Rahmen zu halten, ohne daß daraus gefährliche Schlußfolgerungen entstehen, wie sie hier angekündigt worden sind.

*Adenauer:* Ich darf nochmals auf Situationen hinweisen, die sich später ergeben können. Ich wiederhole, daß ich mit Herrn Schäffer sofort nach meiner Rückkehr aus meinem Urlaub<sup>6</sup> eine lange Aussprache und gestern ebenfalls eine mehrstündige Unterredung gehabt habe. Herr Schäffer hat wiederholt gesagt: Ich trete zurück,

---

6 Adenauer war vom 23. März bis 23. April 1956 in Lugano in Urlaub gewesen (TERMINKALENDER).

wenn ihr das und das nicht tut. Die Situation hat sich deswegen außerordentlich zugespitzt, weil Herr Schäffer erklärt: Meine Autorität als Bundesminister ist dadurch angeschlagen, weil die Fraktion, der ich angehöre, die ganze Sache in verschiedenen Stadien weitergetrieben hat, ohne daß ich hinzugezogen worden bin. Und da ist etwas Richtiges dran. (*Scharnberg*: Nein!) Doch, da ist etwas Richtiges dran. Ich könnte mich Herrn Schäffer anschließen und sagen, es gehört sich auch nicht, daß der Bundeskanzler einfach ausgeschlossen und ihm nichts mitgeteilt wird. Herr Schäffer ist im Innersten getroffen, Herr Hellwig, darüber müssen Sie sich völlig klar sein.

Morgen wird die CSU hier in Stuttgart eine Sitzung deswegen abhalten, zu der Herr Schäffer kommen wird.<sup>7</sup> Er wird nichts tun, wie er mir gesagt hat, um den Parteitag hier zu stören, aber je nachdem, wie die Dinge laufen in Ihrem Ausschuß, können sich doch sehr unangenehme Folgen daraus entwickeln.

Sie werden dann, wenn Sie die Schäffersche Finanzpolitik angreifen, auch angreifen müssen die Wirtschaftspolitik des Herrn Erhard; denn Herr Erhard und Herr Schäffer sind in der ganzen Sache einfach konform, und der dritte dabei ist Herr Vocke. Machen Sie sich doch bitte klar, Herr Hellwig, daß diese Leute wie Vocke, Bernard<sup>8</sup>, Erhard, Schäffer usw. in der Öffentlichkeit doch ein großes Ansehen genießen und daß wir es uns unter keinen Umständen leisten können, relativ kurz vor den nächsten Bundestagswahlen, nun im Kabinett solche Schwierigkeiten zu bekommen, daß da Änderungen vorgenommen werden müssen. Wir haben sowieso Änderungen vor, wahrscheinlich – nehme ich an – im Mai. Ich darf in diesem Kreise hier erklären, die vier Mitglieder der Freien Volkspartei haben den berechtigten Wunsch, daß jetzt die Vorbereitung ihrer Gründungsversammlung nicht gestört wird.<sup>9</sup> Sie werden aber aus sich heraus nach der Gründungsversammlung mit ihrer Demission herantreten. Dann wird eine Änderung eintreten.

Aber ich wiederhole, seien Sie sich darüber klar, daß auch bei der Wahl im Jahre 1957 die Herren Erhard und Schäffer für uns sehr wichtige Leute sind. Ob Sie nun an ihnen etwas auszusetzen haben oder nicht; sie sind es. Dann hätte man früher damit kommen müssen, aber nicht 15 Monate vor der Wahl. Ich bin auch nicht mit allem einverstanden, ich bin aber auch nicht mit all den Angriffen einverstanden. Das sage ich ganz offen. Daher glaube ich, daß dieser ganze Komplex mit sehr vorsichtiger Hand angefaßt werden muß.

---

7 Dabei stimmte die CSU zwar der Absicht Schäffers zu, einen eigenen Regierungsentwurf über Steuersenkungen im Bundestag einzubringen und sein Verbleiben im Amt von der Annahme im Kabinett abhängig zu machen, die CSU-Bundestagsabgeordneten akzeptierten aber nicht alle Einzelheiten dieses Entwurfs (vgl. „Die Welt“ am 1./2. Mai 1956).

8 Karl Bernard (1890–1972), 1948–1957 Präsident des Zentralbankrats der Bank Deutscher Länder.

9 Am 23. April 1956 wurde die Gründung der „Freien Volkspartei“ beschlossen, am 24. April gab die neue Partei ihre Leitsätze bekannt, am 24. Juni hielt sie ihren Gründungsparteitag (AdG 1956 S. 5740, 5840).



Nun weiß ich nicht, wenn es zur Explosion kommt, ob wir nicht Schaden anrichten, wenn die Presse dabei ist. Ich gebe Ihnen eins zu, wenn man bei allen anderen Arbeitskreisen die Presse zuläßt, kann man sie hier nicht weglassen. Aber Herr Scharnberg und Herr Hellwig, ich hätte die dringende Bitte an Sie, daß vor der ersten Sitzung des Arbeitskreises, der sich mit diesen Fragen beschäftigen wird, eine Aussprache mit dem Herrn Schäffer stattfindet. An dieser Aussprache müßten auch die Herren Krone und Stücklen teilnehmen, damit verhindert wird, daß Porzellan kaputtgeschlagen wird.

*Gurk:* Wir müßten zunächst wissen, ob der Presse schon etwas bekanntgeworden ist, ob sie zugelassen werden soll oder nicht. Im übrigen möchte ich meinem Bedenken Ausdruck geben, wir wissen nicht, was in diesen Arbeitskreisen geschieht. Wenn es noch reparabel ist und der Presse keine Hoffnungen gemacht worden sind, dann bitte ich, die Sache zu ändern und die Presse nicht zuzulassen. Ich habe große Bedenken wegen des Zündstoffes, der sich hier ergeben könnte.

*Adenauer:* Stellen Sie sich vor, im Bundestag würde unsere Fraktion Herrn Schäffer gegenüber in schärfste Gegensätze kommen. Dann bliebe Herrn Schäffer nichts anderes übrig, als mir seine Demission einzureichen, und ich müßte ihr stattgeben. Hier ist es doch nicht anders. Wenn Sie in diesem Kreise Ihre vielleicht zum Teil richtigen, zum Teil aber sicher nicht richtigen und einseitigen Vorwürfe gegen Herrn Schäffer und Herrn Erhard erheben, dann wird Herr Schäffer, das können Sie ihm nicht verwehren, antworten. Und dann haben Sie das Schauspiel, was wir doch unmöglich bieten können. Daher müssen Sie auf alle Fälle versuchen, vorher mit Herrn Schäffer die ganze Sache zu harmonisieren. Sie brauchen ja Ihren Standpunkt nicht aufzugeben, Herr Schäffer wird seinen Standpunkt bestimmt auch nicht aufgeben, aber Sie müssen versuchen, daß die Sache so verläuft, daß hier kein größerer Schaden entsteht.

*Heck:* Die Sozialdemokraten und die Freien Demokraten haben auf ihren Parteitag die Sachdiskussionen, also Diskussionen, die politische Materien zum Gegenstand haben, immer öffentlich gehalten. (*Adenauer:* Die haben doch keine!) An sich war es so gedacht, die Aufteilung in Arbeitskreise vorzunehmen, weil es unmöglich ist, die gesamte Materie vor dem Plenum zur Diskussion zu stellen. Der Presse ist nicht expressis verbis gesagt worden, daß sie nicht zugelassen ist. Im Programm steht: Presseausweis berechtigt zum Zutritt zu den Plenarsitzungen und zu der Pressekonferenz.

*Adenauer:* Da war ein Unterton dabei! Wollen Sie bitte wiederholen! (*Heck:* Es wird im Programm nicht expressis verbis gesagt, die Presse ist zu den Sitzungen der Arbeitskreise nicht zugelassen, sondern wir haben es offen formuliert: Der Presseausweis berechtigt zum Zutritt zu den Plenarsitzungen und zur Pressekonferenz.) Dann lassen wir es offen sein. Ist denn der Presse oder einigen Herren von der Presse gesagt worden, ihr werdet an den Arbeitskreissitzungen teilnehmen können? (*Heck:* Nein, von mir nicht!)

*Müller:* Ich darf darauf hinweisen, daß die Konferenz der Ministerpräsidenten nicht beschlossen hat, unter Hinzuziehung von Professoren in Bonn zu tagen, um eine Demonstration gegen die Steuerverhandlungen der Bundeskoalition zu machen,

(Adenauer: Hat mir Herr Schäffer gesagt!) sondern wir haben eine seit Monaten feststehende Konferenz in Bad Pyrmont. Dort werden allerdings die Ministerpräsidenten ausschließlich über Auswirkungen der von Ihnen beschlossenen Steuerermäßigungen auf die Landeshaushalte beraten und dabei ausnahmsweise und zum ersten Male die Länderfinanzminister hinzuziehen. Das kann man ihnen nicht verwehren; denn die Herren haben offenbar übersehen, daß zwei Drittel der Steuern von den Ländern getragen werden müssen.

Wenn der Herr Bundeskanzler bedauert, daß man weder Herrn Schäffer noch ihn rechtzeitig unterrichtet hat, so können wir das als Ministerpräsidenten der CDU auch nur bedauern. Wenn die Bundestagsfraktion der CDU beschließt, Steuermaßnahmen durchzuführen, bei denen einige Milliarden von den Ländern getragen werden müssen, dann wäre es nicht nur ein Gebot der Klugheit, sondern auch der Loyalität gewesen, vorher die Ministerpräsidenten der Länder, soweit sie der CDU angehören, darüber zu orientieren. Das ist doch kein unbilliges Verlangen! (Zurufe: Sehr richtig!) Zu der Sache selber würde ich es bedauern, Herr Bundeskanzler – abgesehen von dem Arbeitskreis für Wirtschafts- und Finanzpolitik –, wenn zu den anderen Arbeitskreisen die Presse nicht zugelassen werden könnte. Bei dem Arbeitskreis 4 habe ich wohl auch Bedenken, aber wenn man die Presse zu den anderen Arbeitskreisen zuläßt, kann man sie da nicht gut ausschließen. Ich bin der Meinung, daß der Vorschlag des Herrn Bundeskanzlers richtig ist, vorher eine Vereinbarung zu treffen, wonach der Streit Schäffer/Fraktion hier nicht ausgetragen wird, sondern daß man sich auf die sachlichen Probleme und Gegensätze beschränkt.

Kaiser: Ich bin für die Zulassung der Presse. Die Sache ist so gut vorbereitet, Herr Bundeskanzler, daß mir Ihre Bedenken nicht gerechtfertigt erscheinen. Es sind so zuverlässige Persönlichkeiten in den Arbeitskreisen, daß überhaupt kein Unglück eintreten kann, insbesondere dann nicht, wenn den Leuten gesagt wird, daß die Presse dabei ist. Es ist besser, wenn man sie zuläßt. Die 300 Presseleute, die hier sind, werden auf jeden Fall davon hören, was in den Arbeitskreisen gesprochen worden ist, auch wenn sie nicht dabeigewesen sind. Es entsteht aber die Gefahr, daß sie dann entstellte Berichte bringen.

Adenauer: Das klingt ganz gut, aber ich möchte Herrn Kaiser sagen, entstellte Berichte kann man dementieren, aber wenn die Leute dabei sind, kann man nichts mehr dementieren.

Scharnberg: Wir haben nicht übersehen, daß  $\frac{2}{3}$  zu Lasten der Länder gehen, aber wir haben festgestellt, daß das Gesamtprogramm, was an Steuerermäßigungen, Einnahmeminderungen und Ausgabenerhöhungen zu erwarten ist, mit  $2\frac{3}{4}$  Milliarden zu Lasten des Bundes und zu einer halben Milliarde zu Lasten der Länder geht. Es ist wirklich unverantwortlich, daß hier jemand, wenn irgendeiner nicht einverstanden ist mit dem, was gemacht wird, sagt: Wenn ihr das tut, dann gibt es eine Inflation. Ich muß wirklich sagen, diese Behauptung ist lächerlich. Wir sind mit Herrn Schäffer nur mit  $\frac{3}{4}$  Milliarden auseinander, und ich verstehe nicht, wie dann noch jemand behaupten will, dadurch könne eine Inflation entstehen. Wenn die Herren Schäffer

und Erhard und auch die Bank Deutscher Länder von Inflation sprechen, so ist das wirklich unverantwortlich; denn ich verstehe auch etwas von den Dingen. Herr Bundeskanzler, Sie sind nicht richtig orientiert, wenn Sie sagen, daß Herr Schäffer von uns nicht herangezogen worden sei. Ich glaube, Sie sind auch nicht richtig unterrichtet, wenn Sie sagen, daß die Herren Schäffer, Erhard, Vocke und Bernard einer Meinung seien. Die drei Herren Erhard, Vocke und Bernard sind der Meinung, man solle die Umsatzsteuergeschichte für den Mittelstand nicht machen, sondern dafür zehn Prozent geben. Das bedeutet praktisch, daß es den kleinen Leuten weggenommen und den Leuten mit großem Einkommen gegeben wird. Das ist das, was die drei Herren wollen, was aber nicht Herr Schäffer will. Das ist eine ausgesprochene Meinungsverschiedenheit. Und wenn Herr Schäffer sagt, daß er mit diesen drei Herren einer Meinung sei, so ist das nicht richtig.

*Adenauer:* Es tut mir leid, daß wir uns darüber so lange aussprechen müssen, aber es muß sein. In einer Reihe von Punkten irren Sie jetzt. In den letzten Phasen war Herr Schäffer dabei. Herr Schäffer war aber nicht bei den ersten Sitzungen des 18er-Ausschusses. (*Hellwig:* Doch!) Ich weiß es doch, lieber Herr Hellwig! Sie haben ihn nicht haben wollen, weil sie gesagt haben, er wird doch von vornherein zu allem nein sagen. Das war doch die Absicht. Das muß man offen aussprechen. Und Herr Scharnberg, Herr Schäffer bestreitet mit Entschiedenheit, daß er sich der Stimme auch nur enthalten habe bei der Abstimmung. (*Zuruf:* Dagegen gestimmt!) Nein! Er hat nicht dagegen gestimmt. Herr Krone hat gesagt, er habe sich enthalten. Und Herr Schäffer hat gesagt, ich war überhaupt nicht anwesend. (*Zuruf:* Doch!) Er sei zwar körperlich anwesend gewesen, aber nicht anwesend in seinen Sinnen, weil er bei der Sache nicht beteiligt gewesen sei. Das ist, wie ich zugebe, eine etwas eigenartige Konstruktion, aber er bestreitet, daß er sich der Stimme enthalten habe.

Und nun irren Sie, Herr Scharnberg! Ich wünschte, ich hätte den Brief von Herrn Vocke hier. Vocke schreibt darüber nichts, was Sie gesagt haben, sondern Vocke steht einfach auf dem Standpunkt: Jede Mehrausgabe, die das Parlament beschließt, müsse abgelehnt werden, die Ausgaben müßten gedrosselt werden; es dürften die Einnahmen nicht gesenkt werden. So etwas Rigoroses habe ich lange nicht gelesen. Herr Vocke ist ein Mann, der in der Öffentlichkeit ein großes Ansehen genießt. Herr Scharnberg, ich sage nicht, daß er recht hat, verstehen Sie mich bitte! Ich möchte keine sachlichen Auseinandersetzungen haben, aber mein Wunsch ist der, daß ein großer Krach in diesem Arbeitskreis mit Schäffer vermieden wird. Ich möchte auch nicht, daß über den Herrn Schäffer, wenn er nicht in den Arbeitskreis kommen sollte, einfach abgeurteilt wird. Bitte machen Sie die Sache ein bißchen cum amore. Sprechen Sie vorher mit ihm, und sagen Sie ihm vor allem, daß über diese ganzen Dinge im Haushaltsausschuß noch gesprochen werden wird, damit er von seiner Idee herunterkommt.

Ich darf also resümieren: Wenn wir bei den anderen Arbeitskreisen die Presse zulassen, müssen wir sie auch hier zulassen.

*Hellwig:* Herr Bundeskanzler! Es ist richtig, daß in den ersten 14 Tagen der

Arbeiten dieser Kommission Herr Schäffer nicht hinzugezogen wurde, als aber die Gesamtrechnung gemacht wurde, wurden mehrere Kollegen und ich beauftragt, nunmehr eine Abstimmung mit dem Bundesfinanzminister und seinen Herren durchzuführen. Das führte dazu, daß innerhalb von drei Wochen sieben oder acht Besprechungen mit Herrn Schäffer und seinen Sachverständigen stattfanden, wobei eine Überprüfung aller Zahlen gemeinschaftlich vorgenommen wurde. Die entscheidenden schriftlichen Unterlagen für die Beschlußfassung in der Fraktion sind im Bundesfinanzministerium geschrieben worden. Es ist nicht so, daß Herr Schäffer in den entscheidenden Fragen nicht beteiligt gewesen wäre.

Zu der Sache, er wäre nicht anwesend gewesen bei der Entscheidung über die letzte Formulierung, muß ich sagen, Herr Schäffer hat gesagt, wenn ihr das macht, muß ich darauf bestehen, daß ihr eine Befristung von zwei Jahren in diesen Antrag hineinbringt. Wir haben diese Befristung sofort aufgenommen. Schäffers Mitwirkung an diesem Antrag ist zumindest an dieser einen Stelle aktenkundig.

Zu den Angaben von Herrn Vocke! Ich habe leider die Beweise in der Hand, daß falsche Zahlenangaben über die Ausgabenbewilligungsfreudigkeit dieser Kommission an die entsprechenden Stellen der Fraktion und einige Herren der Wirtschaft gelangt sind. Die Angaben haben sich darauf bezogen, als wenn Milliarden Geschenke nach allen Seiten gemacht werden sollen. Wir haben das klargestellt; denn die Mehrausgaben in unserem Programm waren die, die im Kabinett bereits beschlossen waren. Die Bank Deutscher Länder hat in ihrem letzten Monatsbericht ausdrücklich gesagt, wenn verhindert werden soll, daß die Kassenüberschüsse weiter steigen, ist eine allgemeine Steuersenkung der einzig richtige Weg; sie hat sich damit gegen die Auffassung des Herrn Bundesfinanzministers gestellt. Wir werden aber versuchen, die Sache cum amore zu erledigen. Von uns ist jede Bereitschaft vorhanden.

*Adenauer:* Die Herren werden das übernehmen und mit Herrn Etzel sprechen. Darf ich nun feststellen, daß der überwiegende Teil des Vorstandes der Auffassung ist, die Presse jeder Art zuzulassen? (*Teils Zustimmung, teils Widerspruch.*) Wir wollen abstimmen. Ich bitte diejenigen, die dafür sind, daß die Presse zu allen Sitzungen der Arbeitskreise zugelassen wird, eine Hand zu erheben. Wer ist dagegen? – Das ist eine schwache Minderheit. Die Presse ist also zugelassen.

*Heiler:* Ich möchte bitten, daß in dem Arbeitskreis „Familienpolitik“ auch eine Frau vertreten ist.

*Adenauer:* Es ist richtig, zur Familie gehört unbedingt eine Frau. (*Zuruf:* Die beiden Herren im Ausschuß sind verheiratet!) Darauf kommt es doch nicht an, da gehört eine Frau hinein. Sind Sie damit einverstanden? (*Zustimmung.*) Sind Sie im übrigen mit den vorgeschlagenen Herren der Arbeitskreise einverstanden? Und dann, es ist schon gedruckt! (*Zustimmung.*) Sie sind einverstanden. Ich stelle das fest.

Wir kommen zum Punkt 3 der Tagesordnung: Vorbereitung der Wahl des 1. Vorsitzenden, seiner Stellvertreter, des Bundesschatzmeisters und der übrigen Vorstandsmitglieder.

Punkt 4 der Tagesordnung lautet: Änderung des Parteistatuts.

Ich darf Ihnen über Verhandlungen, die auf Wunsch der Herren von Nordrhein-Westfalen stattgefunden haben, berichten, weil Sie dann wahrscheinlich mit mir der Auffassung sein werden, daß die Punkte 3 und 4 der Tagesordnung zusammengefaßt werden müssen.

#### VORBEREITUNG DER VORSTANDSWAHLEN UND ÄNDERUNG DES PARTEISTATUTS

*Adenauer:* Wir haben folgende Situation: einen Vorsitzenden und zwei stellvertretende Vorsitzende, wobei der erste der beiden stellvertretenden Vorsitzenden herkömmlicherweise ein evangelischer Parteifreund ist. Der zweite ist bisher Herr Kaiser. Ich sage bisher; ich muß sehr korrekt sein. Ich darf die Herren an die Verhandlungen von Goslar erinnern. Herr Kaiser ist damals gewählt worden zum stellvertretenden Vorsitzenden unter zwei Gesichtspunkten, einmal als Vertreter der Ostzone und Berlins, zweitens als Vertreter der christlichen Arbeitnehmer. Der letzte Gesichtspunkt hat mit eine Rolle gespielt, aber nach meiner Erinnerung war der erste Gesichtspunkt ausschlaggebend. Er war nicht nur sachlich berechtigt, sondern er war auch insofern angemessen, als man damit den Anspruch von anderen Ständen, auch einen stellvertretenden Vorsitzenden zu benennen, mit einem sehr guten Grunde abbiegen konnte.

Nun hat sich im Laufe der Zeit die Notwendigkeit herausgestellt, daß dem Bundesgeschäftsführer ein geschäftsführender Ausschuß zur Seite gestellt werden mußte. In diesem Zusammenhang darf ich darauf hinweisen, daß sich die Stellung des Bundesgeschäftsführers nach dem neuen Statut ändern soll. Als wir die ersten Statuten beschlossen haben, ging die Meinung des überwiegenden Teiles dahin, daß der Bundesgeschäftsführer keine politische Arbeit leisten sollte, sondern nur eine rein organisatorische und geschäftsmäßige. Davon ist man jetzt abgekommen, und zwar vornehmlich auch im Hinblick auf die Persönlichkeit des Herrn Heck. Der Bundesgeschäftsführer soll jetzt nach dem neuen Parteistatut Mitglied des Vorstandes sein. Ich muß noch folgendes hinzufügen: Der Vorstand selbst ist – Sie sehen es hier – reichlich groß. Man kann ihn nicht alle 14 Tage einladen, weil erfahrungsgemäß dann der größte Teil der Herren einfach wegbleibt. Es hat sich aber die Notwendigkeit herausgestellt, ein Gremium zu schaffen – nennen wir es mal engerer Vorstand von etwa 10 bis 15 Mitgliedern –, das oft und schnell zusammentreten kann, weil die politische Situation bis zur nächsten Bundestagswahl so sein wird, daß die Wahl nicht gut genug vorbereitet werden kann.

Nun kam von Nordrhein-Westfalen die Anregung, man sollte nicht zwei, sondern vier stellvertretende Vorsitzende schaffen, und zwar sollten zu dem evangelischen Parteifreund, der noch zu wählen ist, und Herrn Kaiser noch hinzutreten die Herren Ministerpräsident Arnold und Bundesminister Schröder. (*Bach:* Als Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises!) Davon ist nichts gesagt worden, sondern nur: Herr Schröder. Ich hatte dagegen folgende Bedenken: Der Vorsitzende und die beiden

stellvertretenden Vorsitzenden, wie es bisher war, sind kein einziges Mal in all den Jahren zu einer politischen Beratung zusammengetreten, sondern sie sind nur mit den anderen Gremien zusammen tätig geworden. Wenn wir jetzt außer diesen beiden stellvertretenden Vorsitzenden noch zwei neue schaffen, dann würden wir also fünf haben. Dann ist die Frage, was sollen die Herren dann tun, sollen sie ein besonderes politisches oder leitendes Gremium bilden oder nicht? Wenn sie kein besonderes leitendes Gremium bilden sollen, dann ist das Ganze nur eine äußerliche Angelegenheit. Wenn sie ein politisches Gremium bilden sollen, also gewissermaßen einen engeren Vorstand, dann würden diese fünf zu wenig sein, weil doch Landesparteien dann ausfielen und andere Landesparteien sehr stark darin vertreten wären.

So sind wir in einer längeren Diskussion zu der Meinung gekommen, man sollte einen geschäftsführenden Vorstand lassen, der die laufenden Geschäfte mit dem Bundesgeschäftsführer zusammen erledigen muß. Herr Heck hat den dringenden Wunsch, ein solches Gremium zu schaffen, das mindestens zwei- bis dreimal in der Woche zusammentreten muß, weil er sonst zu isoliert sei, und darin hat er vollkommen recht. Ich möchte nicht sagen, an welche Herren gedacht war, sondern möchte Sie bitten, daß wir uns über die Sache an sich unterhalten, über die Organisation, weil das Nennen von Namen leicht die Diskussion verwirrt.

Ich wiederhole also: Es würde ein geschäftsführender Vorstand, bestehend aus drei Personen wie bisher, geschaffen werden müssen, der aber jederzeit zur Verfügung steht und dessen Mitglieder möglichst in Bonn, Köln oder Düsseldorf wohnen müßten, damit sie zwei- oder dreimal in der Woche zusammentreten können.

Nun käme die Frage: Was machen wir bei der Größe des jetzigen Vorstandes? Es hat sich die Situation eingebürgert, daß nicht nur die Vorstandsmitglieder, sondern ihre Vertreter gleichzeitig kommen. Es hat sich weiter herausgestellt, daß die Vorstandssitzungen wegen der großen Zahl der Teilnehmer nicht häufig abgehalten werden können. Gegen den Namen „geschäftsführender Vorstand“ habe ich Bedenken. Ich meine, die drei Leute, die mit Herrn Heck zusammenarbeiten sollen, das ist kein geschäftsführender Vorstand. Ich glaube, darüber brauchen wir hier nicht zu diskutieren. Ich möchte die Diskussion vereinfachen und den Punkt vorweg erledigen. Dann würde die Frage übrigbleiben: zwei oder vier stellvertretende Vorsitzende, wenn der Antrag von Nordrhein-Westfalen offiziell gestellt wird. Dazu käme dann noch der engere Vorstand von 10 bis 15 Mitgliedern.

*Bach:* Die beiden Landesverbände Nordrhein und Westfalen möchten zum Punkt 9 der Satzung noch hinzufügen:

„f) der Vorsitzende der Fraktion und der Bundestagspräsident, wenn er der CDU angehört.“

Damit ist auch klar, daß weiter hinzugefügt werden soll:

„... die Regierungschefs und die Bundesminister der CDU, die zu Vorstandssitzungen hinzugezogen werden sollen.“

Wir können nicht den einen hinzuziehen und den anderen nicht.

Dann sind wir der Auffassung, daß statt zweier stellvertretender Vorsitzender

nunmehr vier stellvertretende Vorsitzende gewählt werden sollen, dafür aber statt drei geschäftsführender Vorstandsmitglieder ein geschäftsführendes Vorstandsmitglied, das nun mit dem eigentlichen Arbeitsausschuß die Arbeit macht, so daß sich der Beschluß vom 22. September gar nicht zu ändern braucht.<sup>10</sup> Ich wiederhole: statt drei geschäftsführender Vorstandsmitglieder nur eins und statt zwei stellvertretender Vorsitzender vier stellvertretende Vorsitzende.

Wir sind der Auffassung, daß Herr Ministerpräsident Arnold durch seine Treue zum Herrn Bundeskanzler und zur Bundesregierung das Opfer der Intrigen der FDP geworden ist. Herr Arnold bedeutet im öffentlichen Leben der CDU propagandistisch sehr viel, und das würde sich gut auswirken. Wir glauben, daß wir auf ihn nicht verzichten können.

Die Gründe, die in Goslar dazu geführt haben, Jakob Kaiser zu wählen, sind heute noch maßgebend, so daß die beiden von uns als Vertreter nominiert würden. Dann ist es in der Optik notwendig, daß unter den Stellvertretern zwei evangelisch sind. Der erste ist katholisch, und der zweite Stellvertreter ist katholisch. Wir würden noch vorschlagen den Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein und Herrn Minister Schröder als Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises. Hinzu kämen Herr Kiesinger als alleiniges Vorstandsmitglied, dann der Bundesgeschäftsführer, der Fraktionskollege Dr. Krone, der Vertreter Cillien sowie der Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier, so daß in der Optik sowohl landschaftlich wie auch konfessionell dieses Gremium propagandistisch die beste Wirkung für die CDU darstellen würde. Die Zahl der elf engeren Vorstandsmitglieder soll bestehenbleiben.

*Adenauer:* Das ist eine sehr schwierige Materie. Ich beschäftige mich nicht zum ersten Male heute damit. Nun haben Sie, Herr Bach, so etwas unklar und schnell gesprochen, daß ich nicht weiß, ob alle Damen und Herren Sie richtig verstanden haben. Ich glaube es nicht, ich weiß es aber auch nicht. Ich gehe mal davon aus, daß Sie einigermaßen verstanden worden sind. Mir kommt es nicht darauf an, wie sich das, was wir schaffen, propagandistisch auswirkt, sondern darauf, daß endlich eine Organisation geschaffen wird, die auch klappt. (*Lebhafter Beifall.*) Sie haben aus dem Vortrag von Herrn Heck in der letzten Vorstandssitzung gehört, wie es mit unserer Organisation aussieht. Ich möchte aus einem Bericht, den gestern die Herren Blücher und Preusker im Kabinett über die Verhältnisse bei der FDP gegeben haben, Ihnen folgendes sagen: Die 16 ausgeschiedenen FDP-Leute sind deswegen unterlaufen worden, weil die Organisation da nicht geklappt hat. (*Zuruf:* Die Organisation hat geklappt!) Die Organisation der Politik, und oben hat es nicht geklappt, so will ich mich korrigieren. Deswegen haben wir nach meiner Meinung unbedingt die Aufgabe, etwas zu beschließen, was wirklich eine gute Arbeit gewährleistet.

Was Herrn Ministerpräsident Arnold angeht, so schätze ich Herrn Arnold außerordentlich hoch aus den vergangenen Jahren, die wir zusammengearbeitet haben. Es

---

<sup>10</sup> Protokoll der Konferenz der CDU-Landesvorsitzenden vom 22. September 1955 in NL Müller ACDP I-217-AO 011.

ist auch über jeden Zweifel erhaben, daß er in Düsseldorf niederträchtig behandelt worden ist, aber ich glaube, man würde Herrn Ministerpräsidenten Arnold einen sehr schlechten Dienst erweisen, Herr Bach, wenn man Ihrem Vorschlag folgte; denn dann wäre der Herr Ministerpräsident Arnold nicht mehr in Düsseldorf, sondern in Bonn, dann müßte er jeden Tag in Bonn sein. Nach meiner Auffassung der Dinge können wir nur damit rechnen, Nordrhein-Westfalen wiederzugewinnen mit Hilfe des Herrn Ministerpräsidenten Arnold, der nun die Verdienste hat und der dort bekannt ist. Und wenn er jetzt nach Bonn gesetzt würde – ich sage das ganz offen –, dann würde das draußen so ausgelegt werden, als wenn er aus der Tätigkeit im Lande ausgeschieden sei. Das halte ich im Interesse der Partei für falsch. Ich halte es auch für falsch, weil wir dem Bundesgeschäftsführer nicht diese Hilfe geben würden, die er dringend benötigt. Dazu gehören mindestens drei Leute; das kann nicht einer übernehmen, oder Sie machen dann den Herrn Ministerpräsidenten Arnold zum obersten Bundesgeschäftsführer und den Herrn Heck zum zweiten. (*Widerspruch von Johnen und Bach.*) Dann verstehe ich das Ganze nicht; vielleicht wird es Herr Johnen mal erklären. Ich bin der Auffassung, daß der Vorschlag, den wir vorgestern<sup>11</sup> erörtert haben – wir hatten zwar kein Recht, irgendwas zu beschließen, es war nur eine Aussprache –, dem auch der größte Teil der Anwesenden, insbesondere die Herren Krone, Kaiser und andere Herren, zustimmte, der richtigere ist. Ich darf nochmals wiederholen: Ein Vorsitzender, zwei stellvertretende Vorsitzende, ein engerer Vorstand, der bis zu 15 Mitglieder umfassen soll und häufig zusammengerufen werden kann.

Der Ausdruck „geschäftsführender Vorstand“ ist nicht zutreffend. Wir haben zwei Herren hier, die dem geschäftsführenden Vorstand, wie er bisher hieß, angehören, Herr Kiesinger und Herr Wuermeling. Seitdem Herr Wuermeling Minister ist – das hat Herr Heck gesagt –, hat er durch die vielen Reisen, die er machen muß, wenig zur Verfügung gestanden. Herr Kiesinger ist auch außerordentlich stark belastet, er hat aber zur Verfügung gestanden. Ich darf hier aussprechen, ohne einen der Herren zu verletzen, daß es der Herr Tillmanns gewesen ist, der sich am meisten der Sache gewidmet hat.

Nun hat Herr Heck selbst erklärt, daß er das dringende Bedürfnis hat, drei Leute bei sich zu haben, die mit ihm zusammenarbeiten sollen. Ich habe absichtlich die Namen herausgelassen, Herr Bach, aber Sie haben nunmehr die Namen hineingebracht. Ich weiß nicht, warum man nicht ausgehen soll von der Sache und von dem, was notwendig ist im Interesse der Partei. Das ist doch schließlich das Entscheidende.

Wir wollen dem Herrn Ministerpräsidenten Arnold alles Gute, aber ich glaube, ich bin ein besserer Fürsprecher für ihn als Sie, Herr Bach, wenn Sie nun Herrn Arnold unbedingt dahin bringen wollen. Dann fällt er doch da aus, oder er fällt hier aus. Wenn er in Düsseldorf ausfällt, ist das für Nordrhein-Westfalen sehr schlimm. Soweit ich die Dinge überschaue, kann kein Mensch diese Aufgaben gleichzeitig übernehmen.

---

11 Sitzung des geschäftsführenden Vorstands der CDU am 24. April 1956 (TERMINKALENDER).



*Johnen:* Meine Damen und Herren! Man kann beide Vorschläge sehr gut miteinander verbinden. Der Herr Bundeskanzler hat von 10 bis 15 Vorstandsmitgliedern gesprochen. Damit läßt sich der Vorschlag Nordrhein-Westfalens, vier stellvertretende Vorsitzende zu wählen, sehr gut verbinden. Dafür sprechen zwei Gründe: Wir sind nicht von Personen ausgegangen, sondern von zwei katholischen und zwei evangelischen Freunden. Das würde für eine so große Partei wie wir in der Öffentlichkeit hervorragend wirken, auch für die Bundestagswahlen 1957. Es kam uns darauf an, auch den Ministerpräsidenten Arnold unter diesen vier stellvertretenden Vorsitzenden zu haben. Der Sturz Arnolds ist nicht wegen der Landespolitik erfolgt, sondern angeblich wegen der Bundespolitik. Die CDU von Nordrhein-Westfalen erwartet von der Bundespartei eine Herausstellung des Herrn Ministerpräsidenten Arnold in der Bundespartei.

Wir gehen umgekehrt davon aus, daß gerade der Herr Arnold – der jetzt freier ist als zu der Zeit, da er noch Ministerpräsident war – der Bundespartei mit seiner Erfahrung zur Verfügung stehen kann. Herr Arnold läßt das Land Nordrhein-Westfalen sowieso nicht im Stich, aber er kann sowohl in Nordrhein-Westfalen Dienste leisten wie auch der Bundespartei in Bonn zur Verfügung stehen. Ich freue mich, daß der Vorschlag nicht von Nordrhein, sondern von Westfalen aus gekommen ist, der aber selbstverständlich von uns unterstützt wird. Die Mitglieder der CDU der Landesverbände Nordrhein und Westfalen erwarten geradezu als Antwort auf die Vorgänge in Düsseldorf, daß die Bundespartei ein sichtbares Zeichen für den gestürzten Ministerpräsidenten Arnold gibt. Wir glaubten, die Lösung auch im Sinne der Bundespartei gefunden zu haben, wenn wir zwei katholische und zwei evangelische gleichberechtigte stellvertretende Vorsitzende wählen, wobei wir die Bitte haben, daß der Herr Ministerpräsident Arnold dazugehört. Das läßt sich mit Ihrem Vorschlag gut kombinieren, nämlich  $5 + 10 = 15$ .

*Adenauer:* Sie schlagen etwas anderes vor als Herr Bach? (*Johnen:* Ich kombiniere bewußt!) Das kann ich mir denken; Sie tun nie etwas unbewußt. Herr Bach hatte vorgeschlagen, nicht die drei geschäftsführenden Vorstandsmitglieder zu wählen, sondern sie zu ersetzen durch eine Person. (*Bach:* Nein, stimmt nicht! – *Weiterer Zuruf:* Das war nicht klar, Herr Bach hat sich nicht klar ausgedrückt!) Was haben Sie denn mit Herrn Arnold vor? (*Bach:* Er soll stellvertretender Vorsitzender werden wie die anderen! Das habe ich auch schon vorgetragen!) Sie haben doch davon gesprochen, daß die drei geschäftsführenden Vorstandsmitglieder durch einen Mann ersetzt werden sollen. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Dann habe ich Sie also wegen Herrn Arnold nicht richtig verstanden. Ich darf also feststellen, daß der Vorschlag von Nordrhein-Westfalen wie folgt lautet:

„Ein engerer Vorstand, dessen Ziffer noch bestimmt wird, vier stellvertretende Vorsitzende, darunter den Ministerpräsidenten Arnold und Herrn Schröder.“

(*Johnen:* Der Evangelische Arbeitskreis schlägt den Herrn Schröder vor, nicht wir!) Herr Bach hat ihn doch vorgeschlagen. (*Zurufe:* Sehr richtig! – *Bach:* Ja, ich habe ihn vorgeschlagen, aber nicht von Westfalen aus!) Das sagen Sie jetzt, davon habe ich

nichts gehört. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Jetzt wird es mir allmählich zu bunt, ich sehe nicht mehr durch. Vorgestern war alles viel klarer. Aber wir müssen weiterkommen. Es ist noch die Frage zu klären, wie die anderen Landesverbände dazu stehen, daß – für den Fall, daß ich gewählt werden sollte – ich, Herr Kaiser, Herr Schröder und Herr Arnold alle aus Nordrhein-Westfalen kommen. Wir dürfen uns nicht der Gefahr aussetzen, daß im Plenum von diesem oder jenem Land noch Wünsche kommen.

Meine Damen und Herren! Ich muß nun bitten, daß Herr Kaiser mich vertritt; denn ich muß zur Fraktionssitzung, wo gerade die Militärvorlage beraten wird.<sup>12</sup>

*Kaiser*: Mir liegt daran, noch zu erwähnen, was vorgestern gesagt worden ist. Nichts gegen Arnold! Sieben oder acht haben gesagt, Arnold natürlich, es ist Unglaubliches geschehen in Düsseldorf. Deshalb soll jetzt vom Parteitag Karl Arnold in einer auszeichnenden Weise Erwähnung finden. Gegen den Vorschlag Arnold, der gemacht worden ist, bemerkte zunächst Herr Krone, wenn man vier Stellvertreter nähme, käme auf jeden Fall von Süddeutschland oder von sonstwo die Forderung auf einen sechsten Vertreter, worauf man sich verlassen könne. So hat sich Herr Krone geäußert. Ich habe bei dieser Gelegenheit eine Bitte ausgesprochen: Lassen Sie uns keinen Fehler begehen und den Begriff, dem an sich keine sehr große Bedeutung zukommt, nicht in der Öffentlichkeit entwerten. Ich habe Karl Arnold gesagt, daß er sich darauf konzentrieren soll, diese Scharte von Nordrhein-Westfalen so rasch wie möglich zu korrigieren. Seine Mitwirkung in der Führung der Partei als Mitglied des engeren Vorstandes schien uns die beste Lösung. Ich hatte gedacht, daß er zu den drei geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern gehören könne, dem früher Tillmanns, Wuermeling und Kiesinger angehört haben.

*Kiesinger*: Ich will nur sagen – damit kein Mißverständnis aufkommt –, daß ich diesen Vorschlag zum ersten Male gehört habe.

*Fay*: Ich bin erstaunt, daß man aufgrund einer offenbar vorliegenden neuen Situation die Erkenntnisse von damals so grundsätzlich über den Haufen werfen will. Wir haben damals gesagt: drei geschäftsführende Vorstandsmitglieder. Damit wollten wir drei Persönlichkeiten herausstellen. Ich habe Erfahrung mit unserer hessischen Satzung, die unter meinem Vorgänger leider geändert worden ist. Dort heißt es: ein Vorsitzender und mindestens drei stellvertretende Vorsitzende. Das Ergebnis ist, daß wir heute sechs stellvertretende Vorsitzende haben, von denen jeder Erklärungen abgibt, und ich muß nachher den Buckel hinhalten. Ich will nicht sagen, daß das auch hier vorkommen könnte, aber immerhin warne ich. Sie können es nicht verhindern, daß die Zahl vier überschritten wird. In dem Augenblick, wo Sie regionale Gesichtspunkte berücksichtigen, laufen Sie Gefahr, daß die anderen Landesverbände auch mit entsprechenden Wünschen kommen.

Es wäre gut, wenn man die persönlichen Wünsche unter der Kategorie „10 weitere Mitglieder“ berücksichtigen könnte, wobei zu erwägen ist, ob man 10 oder 15 nimmt.

---

12 Nach Referaten von Blank, von Brentano und Jaeger stimmte die Fraktion dem Wehrpflichtgesetz zu (Entschließung in CDU, 6. Bundesparteitag S. 196).

Begehen Sie aber bitte nicht den Fehler, in dieser aufgewühlten Zeit eine Einrichtung zu schaffen, die faktisch nach einem Kollektiv riechen könnte. Drüben gibt es auch sehr viele stellvertretende Ministerpräsidenten, und zum Schluß sagt der Wähler, die wissen überhaupt nicht, was sie eigentlich wollen; denn sie drücken sich vor gewissen Entscheidungen, indem sie viele Stellvertreter haben.

Lassen wir es also bei den dreien. Wir können die von uns respektierten Persönlichkeiten in die 10 einreihen; eventuell können wir die Zahl auf 15 erhöhen, um regionale Wünsche zu befriedigen.

*Gradl:* Ich unterstreiche völlig das, was Herr Dr. Fay gesagt hat. Es ist ein Zeichen von Nervosität, wenn man in einem Satzungsentwurf, an dem so lange gearbeitet worden ist, nunmehr buchstäblich in letzter Stunde eine schwerwiegende Änderung vornimmt. (*Lebhafter Beifall.*) Und wollen wir denn nun wirklich dieses traurige Schauspiel der Öffentlichkeit vorführen, daß wir eine Inflation von stellvertretenden Vorsitzenden wählen?

Wir haben in unserem Parteistatut eine gute Ordnung; wir haben die repräsentative Spitze, wir haben den geschäftsführenden Vorstand, der sich bewährt hat, aus dem leider der eine durch Tod ausgefallen ist und der andere durch zu starke anderweitige Inanspruchnahme nicht mehr regelmäßig teilnehmen kann. Wir sollten unser Augenmerk darauf lenken, in den engeren Vorstand – d.h. die drei geschäftsführenden Vorstandsmitglieder und die zehn weiteren Mitglieder – diejenigen Persönlichkeiten hineinzunehmen, von denen wir wissen, daß sie in den nächsten anderthalb Jahren für die Parteiarbeit auch wirklich etwas tun. Darauf muß es uns ankommen.

Herr Johnen! Ich will offen reden. Ich glaube nicht, daß das die wirkliche Begründung ist, die Sie hier anbringen für den Vorschlag von Nordrhein-Westfalen. Wenn wir Herrn Ministerpräsidenten Arnold vor der Öffentlichkeit demonstrativ unterstützen wollen, um zu zeigen, daß er nach wie vor unser volles Vertrauen hat, dann brauchen wir nicht diese Konstruktion, daß nun neben zwei stellvertretende Vorsitzende noch zwei weitere gesetzt werden. Das können wir doch auf andere Weise viel wirkungsvoller machen. Außerdem ersparen wir uns eine sehr unliebsame Diskussion im Plenum des Parteitages. Wenn wir unseren Landesverbänden das sagen, dann ist es selbstverständlich, daß sie mit weiteren Änderungsvorschlägen kommen werden. Sie werden uns sagen: Wie kommt ihr in letzter Stunde dazu, so etwas von uns zu verlangen? Ich bin also betont gegen diesen Vorschlag.

*Johnen:* Herr Dr. Gradl hat mir etwas unterstellt, was nicht stimmt. Was ich vorgeschlagen habe – ob Sie es glauben oder nicht –, kommt aus Westfalen. Und wenn Sie mir etwas unterstellen, dann bekommen Sie auch eine Antwort.

*Samsche:* Wenn wir grundsätzlich an der Satzung etwas ändern, dann weiß ich nicht, wie wir zu Wahlen bei diesem Parteitag noch kommen sollen.

*Adenauer:* Ich habe den Eindruck, als ob eine nicht unerhebliche Mehrheit gegen den Antrag des Herrn Bach wäre, wenn wir jetzt abstimmen. Vielleicht wäre es das beste – ich weiß nicht, ob Sie anderer Meinung sind –, diesen Antrag nicht zu stellen. Es wäre doch eine peinliche Situation, wenn er abgelehnt würde. Daß Herr Arnold

in Bonn sehr gründlich in die Arbeit der Bundespartei eingeschaltet werden muß, ist auch meine Meinung. Das soll auch geschehen. Das kann man auch öffentlich bekanntgeben. Da steht nichts im Wege.

*Bach:* Herr Bundeskanzler! Ich bin nicht in der Lage, über die Köpfe meiner Delegierten einen einstimmig gefaßten Beschluß zurückzuziehen. Ich kann ihn nur zurückziehen, wenn ich mit den Leuten gesprochen habe. Wenn dem aber so ist, dann müssen wir uns darauf einigen, daß das Statut, wie es am 22. September von den Landesvorsitzenden einstimmig angenommen worden ist, unverändert zur Annahme gelangt und dann die Wahl erfolgt.

Wir müssen unseren Delegierten heute abend sagen können, was die Auffassung der Mehrheit des Bundesvorstandes ist. Dann müssen sich die Delegierten dazu äußern.

*Gerstenmaier:* Ich schlage ein handlungsfähiges, d.h. in der Zahl beschränktes Gebilde vor. Unser bisheriger Vorstand ist zu groß. Er muß kleiner werden. 15 sollte das Nonplusultra sein. Mir würde es richtig erscheinen, es beim bisherigen Zustand zu belassen. Ich bin auch nicht davon überzeugt, daß die CDU-Fraktion ein großes Geschäft gemacht hat, als sie vier oder fünf Fraktionsvorsitzende gewählt hat. Drei Parteivorsitzende genügen nach meiner Auffassung, dazu drei Männer des geschäftsführenden Vorstandes.

*Süsterhenn:* Der § 9 ist nicht willkürlich geschaffen worden. Dieser § 9 kann auch nicht geschaffen werden aus irgendeiner akuten oder politischen Konstruktion heraus. Man kann einfach keine Satzung aus einer besonderen Situation heraus schaffen. Wenn wir morgen ein Ereignis in einem anderen Land haben, dann können wir daraus nicht wieder direkte Folgerungen für eine Satzungsänderung ziehen; denn sonst wissen wir nicht, wo wir enden. Dieses Triumvirat sollte die Parlamente führen. Dabei stellte sich heraus, daß dieses Triumvirat nicht arbeiten konnte ohne engste Fühlung mit dem Bundesgeschäftsführer. Und weil die Geschäftsführungs- und die Organisationsfragen Geld kosten, mußte auch der Bundesschatzmeister herangezogen werden; weil konkrete politische Entscheidungen in der Bundestagsfraktion gefällt werden, mußte auch der Vorsitzende der Bundestagsfraktion dazugenommen werden. So hat es sich seit Jahren ergeben, daß die im § 9 unter a bis f aufgeführten Persönlichkeiten praktisch als ein Gremium zusammengearbeitet und den engeren Vorstand oder geschäftsführenden Vorstand – wie man es nennen will – gebildet haben. Und was sich in der Praxis herausgestellt hat, soll nun im Statut seinen Niederschlag finden. Was dort festgelegt ist, ist eine ganz probate Lösung, die sich aus den sachlichen Notwendigkeiten und praktischen Erfahrungen der letzten Jahre ergeben hat.

Ich möchte Ihnen also vorschlagen, dabei zu bleiben. Wenn wir jetzt anfangen, mit neuen Vorschlägen vor den Parteitag zu treten, dann werden uns Gott weiß was für politische Kombinationen hineingeheimnist, und wir rufen Kräfte auf den Plan, von denen man nicht weiß, was nachher wird. *(Starker Beifall.)*

*Adenauer:* Es ist augenscheinlich, daß die Mehrheit dem § 9, wie er hier steht,

zustimmt. Das habe ich besonders aus dem Beifall gehört, den die Herren Gradl und Süsterhenn bekommen haben.

Und nun, meine Damen und Herren, muß ich zur Fraktionssitzung.

*Gradl:* Es heißt hier: Die Regierungschefs nehmen an den Sitzungen des Bundesvorstandes teil. Ich bin dafür, daß wir auch die Bundesminister dabei haben; selbstverständlich auch den Bundestagspräsidenten. (*Süsterhenn:* Ich bin der gleichen Auffassung wie Herr Dr. Gradl.)

*Fay:* Ich bin nicht dafür, hier nur die wachsweiße Formulierung „... nehmen daran teil“ zu nehmen, sondern wir sollten ihnen auch Stimmrecht geben.

*Kaiser:* Ich würde Herrn Süsterhenn bitten, darauf zu achten. Er kann das als Vorsitzender vor dem Plenum begründen und in Ordnung bringen.

*Süsterhenn:* Wir sind der Meinung, daß die Regierungschefs lediglich mit beratender Stimme an den Vorstandssitzungen teilnehmen sollten; andernfalls wäre kein gesundes Verhältnis mehr vorhanden. Wir müssen uns davor hüten, den Vorstand durch zu viele staatliche Stimmen zu verstaatlichen.

*Von Brentano:* Erlauben Sie mir, daß ich als einer der Betroffenen ein offenes Wort sage. Das Argument von Herrn Süsterhenn kann ich nicht gelten lassen. Ich glaube, daß sich kein Parlamentarier als Beamter fühlt. Wir sind nicht beamtete Vertreter des Staates, sondern die Repräsentanten der Partei und der Fraktion. Sie können nicht ernstlich erwarten, daß die Regierungschefs der Länder und die Bundesminister an den Sitzungen des Parteivorstandes teilnehmen, wenn man ihnen sagt: Ihr könnt dabei sein, aber ihr dürft nicht abstimmen.

Ich halte es für selbstverständlich, daß unser Freund Heck als Bundesgeschäftsführer an den Vorstandssitzungen stimmberechtigt beteiligt ist, aber ich sehe nicht ein, warum ich nicht auch ein Stimmrecht ausüben soll. Meine politische Verantwortung ist nicht geringer, wenn ich Bundesminister bin; darauf sollte man Rücksicht nehmen. Wir schaffen sonst auch eine merkwürdige Zweiteilung von bevorrechteten und weniger bevorrechteten Vorstandsmitgliedern.

*Gradl:* Lieber Herr von Brentano! Entschuldigen Sie, ich bin ganz anderer Ansicht. (*Von Brentano:* Da ist nichts zu entschuldigen!) Ich bin der Auffassung, daß darauf Rücksicht genommen werden muß, daß ein echtes Spannungsverhältnis zwischen denen, die die Partei in die staatlichen Ämter schickt, und der Partei als solcher vorhanden sein muß. Es ist eine Verwischung der berühmten Gewaltenteilung, wenn künftig die Parteifreunde, die von der Partei in die Regierungsämter geschickt werden, das Recht bekommen, über Fragen mitzubestimmen, in denen sich unter Umständen die Partei eine ganz andere Haltung gebildet hat und bilden muß. Es ist vielleicht sehr gut, wenn wir in der Lage sind, als Partei eine andere Auffassung zu vertreten als unsere Freunde, die in der Regierung sitzen. Das hat doch nichts mit persönlicher Haltung zu tun, das ist eine reine Frage der politischen Zweckmäßigkeit. Wir tun gut daran, Partei und Regierung auseinanderzuhalten. Wir wollen natürlich unsere Parteifreunde hören, ehe wir urteilen. Deshalb sind sie in diesem Gremium dabei, aber letzten Endes muß die Partei als solche entscheiden.

*Cillien:* Ich muß etwas Sachliches hinzufügen, was mit den Personen nichts zu tun hat. Ich befürchte, daß bei dieser Zusammensetzung die vom Parteitag Gewählten in einer hoffnungslosen Minderheit sind. Ich würde meinen, man sollte es belassen, wie es vorgesehen ist. Eine Abstimmung hat bei uns selten stattgefunden. Was aber von den Regierungschefs und den Bundesministern vorgetragen wird, wurde von uns jedesmal sehr hoch gewertet. Die Verantwortung müssen aber diejenigen tragen, die unmittelbar vom Parteitag gewählt sind. (*Von Brentano:* Wollen Sie dem Herrn Bundeskanzler das Stimmrecht nehmen?) Er wird gewählt!

*Fricke:* Herr Dr. von Brentano! Ich glaube wirklich, daß man hier keinen Vergleich mit Herrn Heck anstellen kann. (*Von Brentano:* Das soll kein Vergleich sein!) Ich meine, es müßte wirklich genügen, wenn unsere Freunde im Vorstand ihre Meinung vertreten können, daß aber der Vorstand dann darüber beschließt. Ich kenne manche Beschlüsse in den letzten Jahren, bei denen ich froh gewesen wäre, ich hätte nur meine Meinung vertreten, und die anderen hätten die Verantwortung übernommen.

*Bach:* Ich bin anderer Ansicht. Wenn Sie den Ministern und den Ministerpräsidenten nicht das Recht geben wie jedem anderen Vorstandsmitglied, dann hat z.B. unser Freund, der Ministerpräsident Müller, der auch Landesvorsitzender ist, Stimmrecht, aber sein Kollege, der nicht Landesvorsitzender ist, hat kein Stimmrecht. (*Widerspruch.*) Wenn wir aus Westfalen den Minister Blank vorschlagen, können Sie nichts daran ändern. Dem würden wir entgehen, wenn wir einfach sagten: die Minister als solche ... Damit könnte man eine Graduierung der Minister verhindern. Wir müssen das Vertrauen zu unseren Ministern haben. Ich kann nicht verstehen, warum diese Leute Bürger zweiter Ordnung im Parteivorstand sein sollen.

*Eplée:* Nehmen Sie an, es wären die Herren Oberländer, Kraft und noch einige andere Herren Minister dabei, die hier mitbestimmend über das Schicksal der CDU wirken könnten. Das müßte ich doch stark ablehnen. An eine solche Konsequenz muß man aber denken. Deswegen muß ich mich scharf gegen die gutgemeinten Vorschläge aussprechen; denn das ist wirklich nicht mehr tragbar.

*Dichtel:* Wollen wir uns nicht darauf zurückfinden, daß wir heute vom Vorstand aus vorschlagen, es bei der erarbeiteten Vorlage zu belassen? Sonst kommen wir einfach ins Schlittern. Grundsätzlich haben die Herren ja recht, aber in der Praxis war es anders. In der Praxis haben wir uns seit Jahren darüber beklagt, daß unsere Ministerpräsidenten zu selten im Garten der CDU gewesen sind. Das gilt auch für die Bundesminister. Wenn in der politischen Instanz des Bundesparteivorstandes etwas geschehen soll, was in der Öffentlichkeit Gewicht hat, dann ist es gut, wenn alle Ministerpräsidenten verantwortlich dabei sind. Wenn wir ihnen nicht von vornherein das Stimmrecht geben, müssen wir damit rechnen, daß die Herren nicht zu den Sitzungen kommen. Schon um die Herren dabeizuhaben, möchte ich vorschlagen, ihnen doch das Stimmrecht zu geben.

*Kaiser:* Ich würde Herrn Süsterhenn bitten, darauf zu achten. (*Süsterhenn:* Ich halte es für richtig, die grundlegende Frage, ob die Bundesminister und Regierungschefs Stimmrecht haben sollen oder nicht, jetzt klarzustellen.) Dann wollen wir sehr

sorgfältig überlegen. (*Fay*: Wenn wir den Herrn Oberländer und die anderen Herren aufgenommen haben, dann müssen wir auch die Konsequenzen ziehen.)

*Hellwig*: Wenn wir das Stimmrecht ex officio den Ministerpräsidenten und Bundesministern zugestehen, dann ist der Anteil der Vorstandsmitglieder, die nicht vom Parteiausschuß oder vom Parteitag gewählt werden, größer als der Anteil derjenigen Vorstandsmitglieder, die unmittelbar hineinkommen. Ich möchte dringend bitten, den Bundesvorstand nicht als ein Organ der Repräsentation, sondern als ein Organ der Partearbeit zu sehen. Man soll ihn nicht überlasten mit stimmberechtigten Mitgliedern, die nicht dem Parteitag unmittelbar verantwortlich sind. (*Lemmer*: Ich beantrage Schluß der Debatte.)

*Zimmer*: Es ist nicht tragbar, wenn die Parteioorganisation von der Spitze her durch die Bundesregierung und die Bundestagsfraktion beherrscht wird.

*Kaiser*: Wir stimmen darüber ab, ob die Regierungschefs und die Bundesminister Stimmrecht haben sollen oder nicht. Ich bitte diejenigen, die für Stimmberechtigung sind, eine Hand zu erheben. – Gegenprobe! – Das war eine demokratische Entscheidung, und zwar dagegen.

*Pitz*: Ich schlage vor, im § 12 zu den Vereinigungen die Bundesfrauenausschüsse hinzuzufügen.

*Kaiser*: Ich stelle fest, daß Sie damit einverstanden sind.

*Wackerzapp*: Ich mache auf meine verschiedenen Anträge aufmerksam, und ich möchte bitten, darüber jetzt zu sprechen.

*Süsterhenn*: Zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung dieser Dinge sehe ich eine gewisse Schwierigkeit, weil es jetzt schon halb sechs ist und der Parteiausschuß auf die Herren wartet. Wäre es nicht zweckmäßig, aus dem jetzigen Vorstandsgremium einige Herren zu bestimmen, um über die Anträge unseres Freundes Wackerzapp und auch über andere Anträge zu sprechen? Dann könnte der Gesamtvorstand davon entlastet werden.

*Kaiser*: Ich glaube, damit sind wir einverstanden. Wer wird vorgeschlagen? (*Zurufe*: Dr. Süsterhenn! Dr. Grad! Dr. Heck! Dr. Zimmer! Johnen! Bach!) Herr Süsterhenn, Sie übernehmen bitte die Verantwortung dafür, daß diese Gruppe zusammentritt und die Arbeiten aufnimmt.

## MITGLIEDERBEITRAG

*Bach*: Wenn Sie die Statuten annehmen, dann wissen Sie, daß in Zukunft die Zusammensetzung des Parteiausschusses und des Parteitages sich nicht nur aus den Stimmen der Bundestagswahlen, sondern auch aus den Mitgliederzahlen ergibt. Ich bin der Meinung, wir müssen einen echten Beitrag an die Bundeskasse leisten. Ich habe 10 Pfennig angesetzt. Grundsätzlich kann das Stimmrecht nur von den Landesverbänden ausgeübt werden, die auch ihre Beiträge zahlen. (*Johnen*: Dann ist der Bundesvorstand nicht stimmberechtigt!)

*Müller:* Eine Mark als Mindestbeitrag ist zu hoch. Man sollte das den Landesverbänden überlassen. Wir haben zahlreiche Mitglieder, denen wir das nicht zumuten können.

*Bach:* Ich bin einverstanden. Der Beitrag wird durch die Landesverbände festgesetzt. Die Landesverbände leisten an die Bundeskasse pro Mitglied und Monat 10 Pfennig.

*Albers:* Wir haben doch auch viele Invaliden und Rentner in der Partei, die monatlich 50 Pfennig bezahlen. Wollen Sie die herauschmeißen?

*Bach:* Ich habe gesagt: Die Landesverbände setzen den Beitrag der Mitglieder fest. Die Landesverbände zahlen pro Mitglied und Monat 10 Pfennig. Das ist angenommen worden.

*Kaiser:* Ist es nicht möglich, daß wir eine Mark als Mindestbeitrag festsetzen, aber mit der Regelung für Invaliden, Rentner usw., die das nicht können?

*Bach:* Das ist ein Eingreifen in das Hoheitsrecht der Landesverbände. Lassen wir den Landesverbänden das Recht, die Beiträge festzusetzen! Aber der Beitrag an die Bundeskasse muß einheitlich 10 Pfennig sein.

*Kaiser:* Ich würde vorschlagen, jetzt nicht abzustimmen, sondern es dem Ausschuß zu überlassen.

*Bach:* Ich darf noch einmal wiederholen:

„Die Landesverbände regeln die Mitgliedsbeiträge der Mitglieder. Die Landesverbände zahlen pro Mitglied und Monat an die Bundeskasse 10 Pfennig.“

*Kaiser:* Das ist angenommen.

## VERSCHIEDENES

*Kaiser:* Zum Punkt „Verschiedenes“ liegen keine Wortmeldungen vor.

*Adenauer:* Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen die sehr erfreuliche Mitteilung machen, daß die Bundestagsfraktion dem Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht einstimmig zugestimmt hat. Sie hat ebenfalls beschlossen, den militärischen Notwendigkeiten und den NATO-Verpflichtungen in voller Weise nachzukommen. Dieser Beschluß bedeutet in der gegenwärtigen labilen außenpolitischen Situation wirklich etwas sehr Wertvolles. (*Beifall.*) Er ist aber auch innenpolitisch von Bedeutung; denn unsere Fraktion, die doch die Hauptverantwortung im Bund trägt, zeigt damit, daß sie entschlossen ist, den Weg weiterzugehen, den sie für richtig erkannt hat.

*Kaiser:* Ich darf den Herrn Bundeskanzler kurz unterrichten. Wir sind so verblieben, daß es keinen Zweck hat, in der Ausschußsitzung noch einmal die ganzen Paragraphen des Statutes durchzusprechen, sondern wir haben einen Ausschuß unter dem Vorsitz von Herrn Süsterhenn gebildet, der die Änderungen und Ergänzungen des Statutes besprechen soll.



*Majonica:* Ich würde vorschlagen, daß wir die beiden beschlossenen Änderungen bezüglich der Stimmberechtigung der Bundesminister und der Aufführung der Frauenausschüsse dem Parteiausschuß vortragen.

*Wackerzapp:* Ich muß dem leider widersprechen; denn es liegen viele Anträge vor, die dem Plenum des Parteitages vorgebracht werden. Wir können vom Vorstand nicht sagen: Diese Abstimmung gibt es nicht.

*Adenauer:* Wir dürfen nicht zulassen, daß der Parteitag sich in einer langen Debatte über einzelne Artikel der Satzung erschöpft. Ich meine, wir nehmen die Sache an, wie sie ist, nur mit dem Zusatz im § 9: Bundestagspräsident und Bundesminister.

*Majonica:* Wir haben beschlossen, daß die Bundesminister ohne Stimmrecht den Ministerpräsidenten der Länder gleichgestellt werden und daß die Vorsitzende des Frauenausschusses geborenes Mitglied ist.

*Adenauer:* Das versteht sich von selbst, und man kann sagen: Die Bundesminister werden eingeladen.

Damit wollen wir die Sitzung schließen und nun zur Sitzung des Parteiausschusses gehen.

## 15

*Bonn, 12. Juli 1956*

*Anwesend: Adenauer, Albers, Altmeier, Bach, Bitter, Blank, Brauksiepe, Cillien, Dufhues, Eplée, Erhard, Fay, Fricke, Gerstenmaier, Gradl, Gurk, von Hassel, Heck, Hellwig, Johnen, Kaiser, Kratz, Krone, Lemmer, Lenz, Lindrath, Meyers, Müller, Noltenius, Oberländer, Osterloh, [Pettenberg], Frau Rehling, Röder, Scharnberg, Schmücker<sup>1</sup>, Schröder, Sieveking, Simpfendörfer, Stoltenberg, Wacher, Wegmann, Zimmer.*

*Bericht über die Lage. Medienfragen. Aufnahme der Saar-CDU als Landesverband in die Bundespartei; Verhalten gegenüber der CVP.*

*Beginn: 10.30 Uhr*

*Ende: 20.00 Uhr*

*Adenauer:* Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie herzlich willkommen und darf beginnen mit der Bekanntgabe der Damen und Herren, die sich entschuldigt haben:

---

<sup>1</sup> Dr. h.c. Kurt Schmücker (geb. 1919), 1946 CDU, 1948–1954 Vorsitzender der JU Oldenburg, 1949–1972 MdB, 1963–1966 Bundesminister für Wirtschaft, 1966 auch der Finanzen, 1966–1969 Bundesschatzminister, 1956–1966 Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung der CDU.